



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur angeblichen Abrüstung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zur angeblichen Abrüstung



Der Gedanke des allgemeinen Friedens ist nicht neu; ganz abgesehen von der religiösen Seite der Frage ist auch schon die politische Forderung und Ausbeutung des Gedankens alt und nicht etwa eine Schöpfung der Gegenwart und des modernen fortgeschrittenen Liberalismus. Schon vor mehr als zweihundert Jahren hat William Penn vergeblich für den allgemeinen Frieden geschrieben, ihm folgte einige Jahrzehnte später der Abbé Charles de Saint-Pierre. Gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts traten Herder und Kant für den ewigen Frieden ein, und am Schlusse des neunzehnten Jahrhunderts hat sogar das Buch Johann von Blochs über die Kriegsverluste den damals noch jungen Zaren bewogen, einen praktischen Schritt zur Eindämmung der angeblichen Kriegslust und der Rüstungen im Sinne des friedenschwärmenden Liberalismus zu unternehmen. Am 19. Mai 1899, dem Geburtstage des Zaren, wurde die erste Friedens- und Abrüstungskonferenz im Haag eröffnet, im Jahre 1907 soll eine zweite Konferenz folgen, und die Pläne für den großen Friedenspalast, wo später die Sitzungen abgehalten werden sollen, sind schon entworfen. Es wird ein kostbarer Bau werden, doch die höchsten Kosten könnten nicht in Betracht kommen, wenn durch sie wirklich ein Fortschritt der Kultur erkauft werden kann. Bisher sind freilich alle Kulturfortschritte nur durch Ströme von Blut erkauft worden, die Friedens- und Abrüstungsschwärmer, unter denen allerdings die große Anzahl von Geldmännern auffällig erscheinen muß, geben sich aber offenbar alles Ernstes der Anschauung hin, daß in unsrer Zeit der Herrschaft des Kapitals Kulturfortschritte durch den Geldsack allein erreicht werden könnten. Das dürfte jedoch auf dieselbe Täuschung hinauslaufen wie der Traum vom ewigen Frieden selbst.

Inzwischen hat die internationale Friedenspropaganda die Kleinigkeit von fünfzehn Millionen Mark von dem Petroleumkönige Nobel geerbt, sodaß, wie 1897 auf dem Delegiertentage der „Deutschen Friedensgesellschaft“ mitgeteilt

wurde, alljährlich etwa eine halbe Million der Friedensbewegung zur Verfügung steht. Mit dem vielen Gelde hat man aber seitdem auch nichts andres als früher getan, sondern weiter Konferenzen abgehalten, an Festtafeln getoastet und glühende Friedensflugblätter verbreitet. Es muß eine eigne Anlage dazu gehören, an diesen Verhandlungen und Veranstaltungen irgendeine Befriedigung zu finden. Die meisten Anhänger zählen diese Leute ja auch unter denen, die niemals eine Waffe getragen haben oder aus Instinkt jede Waffe scheuen. Reinlichkeit der Absichten und Redlichkeit der Meinung soll dieser Bewegung, wenn man es so nennen darf, keineswegs abgesprochen werden, aber man fragt sich doch immer wieder, welches Bild von Welt und Menschen sich in diesen Köpfen malt, und ob denn die Führer wirklich glauben, daß sie mit ihrer Tätigkeit auf dem Wege zur praktischen Verwirklichung ihrer mehr oder weniger utopistischen Ziele auch nur einen Schritt weiter kommen. Da sie die wirkliche Lage der Dinge zugunsten ihres Ideals absichtlich oder unabsichtlich verkennen, so bilden sie für jedes Land, in dem sie großen Anhang gewinnen, eine wirkliche Gefahr, weil sie den Blick des Volks von den tatsächlich gegebenen Zielen ablenken, seine Waffenfreudigkeit beirren und damit seine Waffenkraft schwächen. Phrasenreiche Reden, Annahme von wohlklingenden Resolutionen und Sammeln von Unterschriften vermögen am wenigsten die Waffenfreunde zu erwecken, die doch ein Volk in unsern Tagen des hochgespannten Nationalitätsgefühls und des beginnenden Kampfes um die Teilung des Welthandels am wenigsten missen kann.

Ob sich die ehrlichen Friedensfreunde über diese bedenkliche Wirkung ihrer Tätigkeit immer klar sind, steht dahin, wahrscheinlich täuschen sie sich in diesem Punkt ebenso wie über viele andre Gebiete. Hier ein Beispiel. Einer der einwandfreisten Friedensfreunde war ohne Zweifel der ehemalige französische Minister und spätere Senator Jules Simon. Er entwickelte im November 1885 seine Ansichten dahin, daß unter Abrüstung nicht die Aufhebung des kriegerischen Rüstzeugs zu verstehn sei, sondern nur eine Einschränkung auf Grundlagen, die auf einem Kongresse zu vereinbaren wären. Wenn sich zum Beispiel alle europäischen Nationen dazu verstünden, ihr Kriegsbudget um fünfzig Prozent herabzusetzen, so bliebe ihre gegenseitige Stellung doch immer dieselbe. Alles käme eben darauf an, die Einwilligung und die gewissenhafte Pflichterfüllung jedes Einzelnen zu erlangen. Nichts wäre leichter, als eine Kontrolle über die Ausführung der Bedingungen zu üben, wenigstens in den Staaten, wo der Parlamentarismus vorherrscht, und die Einwände, die wegen einer böswilligen Umgehung der übernommenen Pflichten gemacht würden, seien einfach kindlich. Selbst an dem redlichen Willen des Zaren sei nicht zu zweifeln, der auch für Rußland ein Kontrollmittel bieten könnte, das die berechnete Empfindlichkeit des Nationalgefühls schonen würde. Dem gegenüber kann man doch bloß sagen: So viele Gedanken, so viele Irrtümer; der praktische Politiker muß wirklich erstaunen über die naive Anschauung, die sich im Kopfe eines im übrigen so hervorragend begabten Staatsmanns gebildet hatte.

Wie stellt er sich dem vor, daß die Herabsetzung der Heeresausgaben auf die Hälfte in allen Staaten das jetzt bestehende Kräfteverhältnis wirklich ungeändert lassen würde? Ganz abgesehen davon, daß ohne Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht in den meisten europäischen Staaten diese Halbierung des Budgets gar nicht durchzuführen wäre, stellt sich doch auch die Frage ein: Können Staaten mit hauptsächlich überseeischen Interessen, wie zum Beispiel England, darauf überhaupt eingehn? Über die Landarmeen Deutschlands, Frankreichs, Osterreich-Ungarns, Italiens und Rußlands wäre vielleicht ein Abkommen im Sinne Jules Simons noch denkbar; aber die Seeinteressen sind mit einem ganz andern Maßstabe zu messen, und blieben sie von dem Abkommen ausgeschlossen, so wäre schon damit einer ehrgeizigen Macht die Möglichkeit gegeben, ihre Streitkräfte zur See sehr zum Nachteil eines Nachbarn zu Lande zu vermehren. Man denke sich nur einmal das heutige Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich in diesem Sinne aus. Einer Halbierung des Heeresbudgets würde außerdem keineswegs die Halbierung der Kriegsstärke der einzelnen Staaten gewissermaßen automatisch folgen, sondern es würde bei der Reduktion der Armeen mehr auf den Sinn und die Tragweite der neuen Organisation und auf die Mobilisierungsvorbereitungen ankommen, die doch zum großen Teil geheim bleiben müssen. Was hat es Napoleon dem Ersten genügt, daß Preußen von 1807 bis 1813 nur 42000 Mann halten durfte? Mit Hilfe des von den Franzosen nicht beachteten Krümpersystems und der alten Reserven stand doch, als der König rief, die dreifache Truppenmacht auf den Beinen. Was damals möglich war, würde sich, natürlich unter andern Verhältnissen und mit tieferm Geheimnis, doch auch nach der Herabsetzung des Kriegsbudgets durchführen lassen. Es ist also zunächst durchaus nicht „kindlich“, wenn an der „gewissenhaften Pflichterfüllung der Einzelnen“ gezweifelt wird.

Jules Simon hat damals einem Zuhörer noch erzählt, er habe vor einiger Zeit über einen Artikel mit dem oben angedeuteten Inhalt eine persönliche Antwort des Fürsten Bismarck erhalten. Dieser (damals noch Reichskanzler) habe die Tendenz des Artikels nicht bekämpft, aber behauptet, Jules Simon „würde es niemals wagen, einer französischen Versammlung den endgiltigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen vorzuschlagen“. Während der französische Politiker diese Aufforderung „nicht am Plage“ erklärte, ist es bezeichnend für Bismarck, daß er ganz offen mit dem Daumen auf den Punkt drückte, der eine ehrliche Abrüstung in Europa heutzutage einfach unmöglich macht. Solange bei den Franzosen die Sehnsucht besteht, unter allen Umständen die Reichslande wiederzugewinnen, ist auf ihrer Seite an eine ehrliche Ausführung einer etwaigen Abrüstung nicht zu denken, sie würden im Gegenteil nur darauf sinnen, wie die mit der Abrüstung verbundene Verminderung der deutschen Heereskraft der Verwirklichung der Revanche zugute kommen könnte. Die Politik Delcassés hat doch erst neuerdings wieder bewiesen, daß Frankreich nur daran denkt und selbst jede Unbeliebtheit Deutschlands ausnützt, um dieses

Ziel zu erreichen. Solange es aber mit Vergeltung droht und sich mit dem Zustande der Karte von Europa, wie er durch den Krieg von 1870/71 entstanden ist, nicht zufrieden zu geben vermag, sind alle Abrüstungswünsche eitel Dunst. Auch die Friedenskongressler sind wenigstens darüber nicht im Zweifel, daß für ihre utopistischen Ideen die Frage der Reichslande die gefährlichste Klippe ist, und sie haben sich auch auf ihren Versammlungen regelmäßig, wenn auch nicht immer direkt, mit ihr beschäftigt, keineswegs aber in deutschfreundlichem Sinne. Die Mehrzahl der „Friedensfreunde“ ist eben überliberal und grundsätzlich für die Republik eingenommen, und die andern versuchen höchstens, eine Formel zu finden, durch die Deutschland in einer minder verletzenden Weise zum Aufgeben der Erwerbung des Krieges von 1870/71 bewogen werden könnte. Man wird sich darüber in Deutschland durch den humanen Phrasenschleier, mit dem die Herren ihr Tun zu umhüllen verstehen, nicht täuschen lassen, wenigstens in den leitenden Kreisen nicht. Fortgeschrittne Deutsche, die vermeinen, auf Versammlungen, wo über dergleichen geredet wird, das liberale Deutschtum vertreten zu müssen, wird es ja leider auch in Zukunft noch geben.

Solange die Revancheidee in Frankreich weiter besteht und nur durch die militärische Übermacht Deutschlands in friedlichen Schranken gehalten werden kann, ist an eine „gewissenhafte Pflichterfüllung“ einer etwaigen Abrüstungsklausel nicht zu denken. Es ist übrigens ganz einerlei, ob bei solchen einseitigen patriotischen Wünschen, die ebenso in andern Völkern zeitweise oder dauernd lebendig sind, parlamentarische oder monarchische Regierungen in Frage kommen. Hier liegt wieder ein handgreiflicher Irrtum Jules Simons und anderer Vertreter der Friedenspropaganda vor. Gerade eine monarchische Regierung bietet eine sichere Garantie für die Einhaltung von Vertragsbestimmungen, während sich parlamentarische Regierungen viel mehr nach Volksstimmungen richten müssen. Auf der interparlamentarischen Konferenz in London im vergangenen Juli ist die „Verminderung der Ausgaben für die Rüstungen“ wieder zur Rede gekommen. Nach dem Berichte der offiziellen Politischen Korrespondenz ist auch in London, ganz im Sinne Jules Simons, nicht gemeint gewesen, „daß die Wehrkraft der Länder überhaupt in nichtrationeller Weise herabgesetzt werden soll. Für den Kriegsfall mag überall die stärkste Kraft vorbereitet werden, aber die Ausgaben für die permanenten Streitkräfte in Friedenszeiten sollten eine Ermäßigung erfahren.“ Das ist noch viel unbestimmter ausgedrückt als die Herabsetzung der Kriegsbudgets auf die Hälfte. Die Friedensfreunde sollten aber doch, anstatt solche Phrasen zu schnitzen, einen praktischen Weg angeben, wie unter Herabsetzung der Ausgaben in Friedenszeiten wirklich „für den Kriegsfall die stärkste Kraft vorbereitet“ werden kann. Die Heeresverwaltungen aller Länder würden ihnen dafür sehr dankbar sein, denn sie glaubten bisher, dieses Ziel mit den ihren Volksvertretern oft nur unter schweren Kämpfen abgerungenen Armeebudgets eben erreicht zu haben. Wissen die Friedensfreunde

eine billigere Methode, eine ebenso leistungsfähige Armee für den Kriegsfall zu schaffen, so brauchen sie ja bloß in den einzelnen Parlamenten — sie haben in allen Mandate — die Regierung und die Mehrheit davon zu überzeugen. Bisher ist ihnen das nicht nur nicht gelungen, sondern sie haben es noch nicht einmal versucht. Man wird darum berechtigt sein, auch diese Idee für eine Selbsttäuschung zu halten und die Behauptung, daß man „die Wehrkraft der Länder nicht in nichtrationeller Weise herabsetzen wolle“, für eine bloße Agitationsphrase anzusehen.

Daß es sich um so etwas Ähnliches handelt, geht aus folgenden weiteren Sätzen des Berichterstatters hervor: „Mit der Verminderung der jetzt immensen Budgets für die stehenden Streitkräfte würden reichste Hilfsquellen für die anderweitige Förderung der Nationen gewonnen, die sonst gar nicht zur Verfügung gestellt werden können. Mit der Verminderung der stehenden Heere schwinden auch gewaltige Versuchungen.“ Der erste Satz ist schon durch das oben Ausgeführte widerlegt: solange die Friedensfreunde nicht mit dem Rezept herausrücken, wie man mit geringern Kosten ebenso gute Kriegsheere schaffen kann, sind die jetzigen Armeen eben die billigsten. Die in Aussicht gestellten „reichsten Hilfsquellen“ aus den verminderten Heeresetats sind bis dahin einfach nicht zu haben, und der Hinweis auf sie ist nichts anderes als ein agitatorischer Appell an die Begehrlichkeit der großen Masse, deren Einsicht nicht begreift, daß unsre Hauptaufgabe in der Erhaltung unsers Nationalstaates besteht, und daß für diesen Zweck auch unsre Hauptausgabe gemacht werden muß. Es ist nichts anderes als ein demagogischer Agitationskniff der gewöhnlichsten Art, die große Menge auf den angeblich reichen Geldtopf des Staats zu hegen, der immer für die tollsten Wünsche herhalten soll, während ihm doch nur die knappsten Mittel für die dringendsten Staatsbedürfnisse bewilligt werden. Hier handelt es sich also nicht mehr um eine Selbsttäuschung, sondern es liegt die unverhüllteste Demagogie vor. Auch der zweite Satz beruht auf einer seltsamen Vermischung von Unwissenheit, Täuschung und Demagogie. Hat der Berichterstatter der Politischen Korrespondenz die letzten vierzig Jahre, in denen die Massenheere der allgemeinen Wehrpflicht entstanden sind, verschlafen, daß er von „gewaltigen Versuchungen“ spricht, die in großen „stehenden Heeren“ liegen sollen? Es hat doch in Europa keinen friedlichen Zeitraum gegeben, als der, seitdem die großen Heere der allgemeinen Wehrpflicht bestehn, keine einzige der früher so häufigen „Mobilisierungen“ ist vorgekommen, seit 1871 ist allein Rußland zweimal genötigt gewesen, zum Schwerte zu greifen, das übrige Europa hat Ruhe gehabt. In den gewaltigen Volksheeren der allgemeinen Wehrpflicht liegen eher „Versuchungen“, zu friedfertig zu sein, wie es ja auch von gewissen Seiten unserm Kaiser zum Vorwurfe gemacht wird, weil er, getreu dem Programm seiner beiden Vorfahren, das gewaltigste Heer des Weltteils nur zur Aufrechterhaltung des Friedens anwenden will, soweit dies mit Ehren geschehn kann. Von Delcassé und Konforten läßt man sich natürlich nicht auf die Seite drängen.

Zu den Selbsttäuschungen der Friedensfreunde gehören auch die Illusionen, die sie sich über die angeblich durch ihren Einfluß bewirkte Einführung der Schiedsgerichte machen. Man hat in London wieder förmlich darin geschwelgt. Und doch liegt die Sache einfach so, daß der Fortschritt der Kultur und die immer feinere Ausbildung des Rechtsgefühls die Fälle seltner werden läßt, in denen das Ergreifen der ultima ratio zwischen den Völkern nötig wird, sodaß ein Krieg zwischen zivilisierten Völkern nur um die heiligsten und wichtigsten Interessen geführt werden wird. Das ist eine so erfreuliche und allgemein anerkannte Tatsache, daß es dazu keiner Friedensgesellschaften und interparlamentarischer Konferenzen bedarf, die in Selbstgefälligkeit gar nicht merken, daß sie nur offene Türen einstoßen. Die Zahl der abgeschlossenen Schiedsgerichtsverträge ist allerdings schon so groß, daß man leichter die Staatenpaare zählen könnte, zwischen denen noch keine bestehn, als die Verträge selbst. Sie stimmen in ihrem Inhalt fast alle überein und setzen fest, daß Streitfälle, die dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden sollen, weder die Lebensinteressen noch die Unabhängigkeit oder die Ehre der vertragschließenden Staaten noch schließlich die Interessen Dritter berühren dürfen, auch sollen sie ausschließlich rechtlicher Natur sein oder die Auslegung bestehender Verträge betreffen. Nur der niederländisch-dänische Vertrag geht weiter und umfaßt alle Streitfragen, die zwischen beiden Staaten entstehen können; er betrifft übrigens zwei kleinere Staaten, die keine gemeinsamen Grenzen und auch nur fernerliegende Interessentkreise gemein haben. Größere Mächte, die in engeren politischen Beziehungen stehn, können und werden so weitgehende Verträge nicht abschließen und können überhaupt in allen wichtigern Fragen die Mittel der Diplomatie, zu deren letzten auch der Krieg gehört, nicht entbehren. Darüber ist man in allen politischen Kreisen, ausgenommen die eigentlichen Friedensschwärmer, vollkommen klar. Die Schiedsverträge haben sich aus der immer eindringlicher werdenden Erkenntnis ergeben, daß es unklug wäre, geistige und auch materielle Hilfsmittel des Staats für geringfügigere Streitigkeiten zu opfern, die sich auch auf andre Weise lösen lassen. Die Zeitverhältnisse mahnen dringend dazu, alle Kräfte und Mittel des Staates für die künftigen großen Entscheidungen, die sich für jeden Einsichtigen vorbereiten, aufzusparen, aber auch bereit zu halten. Das gilt zwar vor allem für die Groß- und Weltmächte, aber auch für kleinere Staaten, die noch das Bestreben haben, etwas zu werden und sich zu erhalten. Die Mehrzahl der Verträge kommt auch dem zukünftigen Zusammenschluß der Mächte des europäischen Festlandes zugute, dessen Notwendigkeit in immer weitem Kreise erkannt wird, und der eigentlich nur in den Sonderinteressen Englands und dem Revanchebedürfnis Frankreichs Gegner hat. Das sind alles große politische Gedanken, die die Abschließung von Schiedsgerichtsverträgen veranlaßt und gefördert haben, der Anregung durch die Friedensfreunde und Abrüstler hat es dazu nicht bedurft. Für unbefangene Leute liegt der Beweis dafür schon in der Tatsache, daß das Jahr 1904 die meisten Schiedsgerichtsverträge zustande

gebracht hat, also das Jahr, wo der erste große Krieg über Weltinteressen ausgebrochen war.

Unbelehrt dadurch, haben die Interparlamentarier in London beschlossen, daß auch in den Fällen, für die bisher im Haag kein Appell an einen Schiedsgerichtspruch vorgesehen ist, erst eine Vermittlung angestrebt werden soll, bevor ein Land gegen das andre zu den Waffen greift. Das heißt also mit andern Worten, es sollen alle Streitfragen, auch die Ehrenfragen usw. — vielleicht sogar militärische Einfälle auf fremdes Gebiet? — erst vor ein Schiedsgericht gebracht werden. Bisher sind die Großmächte darauf nicht eingegangen und werden es auch im Ernst in Zukunft nicht tun, wenn auch vielleicht einige, um eine andre vor der Öffentlichkeit ins Unrecht zu setzen, scheinbar darauf eingehn, weil sie wissen, es wird doch nichts daraus. Großmächte können ernstlich nicht darauf eingehn, und den Grund dafür hat Fürst Bismarck im Februar 1897 durch seinen Schwiegersohn, den Grafen Rantzau, der Londoner World angegeben: „Kein Staatsmann ist so allmächtig, daß er in gewissen Kombinationen und Verwicklungen der Stimme des Volks Gewalt anzutun vermöchte. Und so wird es keinen Schiedsgerichtsverträgen jemals gelingen, den Krieg, als das einzige Mittel der Beendigung eines Streits, aus der Welt zu schaffen, sobald das Volk eines Landes überzeugt ist, daß seine ganze Zukunft von der Art und Weise abhängig ist, wie der Ausgang eines Streites geregelt wird.“ In solchen Fällen wird eben das Volk den Schiedspruch nicht anerkennen und der Krieg nicht verhindert werden. Vermittlungsvorschläge sind übrigens in Zeiten kriegerischer Spannung fast jedesmal gemacht worden und haben auch öfter Erfolg gehabt. Einen Zwang zu vorheriger Vermittlung werden sich aber die Großmächte nicht freiwillig auflegen, denn dieser käme einer Faulheitsprämie für die Staaten gleich, die — vielleicht wegen ihrer parlamentarischen Zustände, bei denen die Kriegsminister öfter wechseln wie die Dienstboten in einem zerfahrenen Haushalt — in ihren Mobilisierungsvorbereitungen zurück sind. Die könnten natürlich die vertragsmäßige Vermittlungspause gut gebrauchen, um ihre Versäumnisse nachzuholen. Sollte Europa noch einen großen Krieg erleben, so dürfte aber der Ausbruch noch rascher dem Abbruch der diplomatischen Verhandlungen folgen wie der des letzten Krieges in Ostasien. Sollte sich vielleicht, wenn der Krieg unvermeidlich wird, Deutschland der Vorteile seiner umsichtig vorbereiteten Mobilisierung dadurch begeben, daß es erst die Förmlichkeiten eines Vermittlungsversuchs abwartete? Das möchte einer gewissen Sorte von „Friedensfreunden“ wohl gefallen.

Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, hat Moltke gesagt. Die Friedensfreunde wollen ihn freilich — als Kriegsmann — nicht als unparteiisch gelten lassen. Aber auch der Sozialist Joseph Proudhon hat gesagt: „Der Krieg ist, so wie die Zeit und der Raum, so wie das Schöne, das Gerechte und das Notwendige, eine Form unsrer Vernunft, ein Gesetz unsrer Seele, eine Bedingung unsers Daseins. Der Krieg besteht unter den Völkern,

wie er in der ganzen Natur und in den Herzen der Menschen besteht.“ Der Ausspruch Moltkes dünkt uns klarer, aber manchen Leuten ist vielleicht Proudhon lieber. Die Abrüstung ist ebenfalls ein bloßer Traum, der in einem bureaukratischen Gehirn entstanden ist. Wer will denn durch Verträge und Anordnungen bestimmen, gegen welche Koalition man sich in zehn oder zwanzig Jahren zu verteidigen haben wird? Wird in zehn Jahren der Dreibund oder der Zweibund oder die französisch-englische Freundschaft noch, oder vielleicht ein europäisches Bündnis gegen Deutschland oder gar der Zusammenschluß der europäischen Festlandmächte bestehen? Wer weiß das? Und solcher Ungewißheit gegenüber soll sich eine Großmacht einer Theorie zuliebe davon abhalten lassen, sich so stark zu machen, als es ihre Mittel erlauben? Noch dazu Deutschland, das mitten im Weltteil liegt und in die Lage kommen kann, sich zu Lande und zu Wasser nach allen Seiten zugleich wehren zu müssen? Sollen wir uns durch Wahnvorstellungen von allgemeiner Abrüstung und dem goldenen Zeitalter des ewigen Friedens einlullen lassen zu einer Stunde, in der es allen Sehenden klar ist, daß die Mächte, die überhaupt in der Weltpolitik in Frage kommen, für die nahenden Entscheidungen gerüstet haben in einem Umfange, den frühere Jahrhunderte gar nicht gekannt haben? Daß Rußland infolge seiner Niederlage vorläufig gewissermaßen außer Gefecht gesetzt ist, vereinfacht nicht etwa die Sachlage, sondern verschlimmert sie vielmehr dadurch, daß England freiere Hand bekommen hat.

England und Frankreich sind mit ihren Rüstungen fertig, das heißt, sie sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, England wegen seines Verbessersystems, Frankreich infolge seiner geringen Volksvermehrung. England kann zwar für sein schweres Geld noch stärkere und verbesserte Kriegsschiffe bauen, aber es vermag nicht mehr, sie frisch zu bemannen, und Frankreich könnte höchstens seine Flotte verstärken, wenn es die vierten Bataillone des Landheeres vollständig wieder abschaffte. Deutschland hat dagegen noch Mannschaften die Hülle und Fülle, mit denen es seine Seestreitkräfte vermehren kann, soweit es seine Geldmittel erlauben. Daran liegt aber natürlich England und Frankreich sehr wenig, und man begreift daraus, warum von dort aus auf einmal Abrüstungsfanfaren ertönen, die ihnen nichts mehr schaden können, aber Deutschlands Bestrebungen, seinen Welthandel durch eine stärkere Flotte zu schützen, ins Stocken bringen oder wenigstens in den Augen der urteilslosen Mehrheit zu verdächtigen vermögen. Die neue liberale Regierung in England, deren Traditionen ihr das erlauben, hat damit angefangen, und in Frankreich, wo der ministerielle Temps zu Anfang die ganz treffende Bemerkung gemacht hatte, England leiste sich damit nur eine „friedliche Geste“ ohne ernsthafte Konsequenzen und ohne Risiko, erkannte man bald den frommen Zweck der neuen Wendung, lenkte ein, und nun wird von beiden Seiten auf das böse Deutschland hingedeutet, das mit seinen Flottenplänen den Weltfrieden stören wolle. Um die zweifelhafte Welt jedoch von dem „Ernst“ der friedlichen Absichten

Großbritanniens zu überzeugen, wurde offiziell und laut verkündigt, daß man im neuen Etatsjahre zwei Kriegsschiffe, ein Linienschiff und einen Kreuzer weniger bauen werde, wobei natürlich die englische Übermacht zur See nicht im geringsten leidet. Die Friedensfreunde, die in ihrer Welt von Täuschungen leben, sind über solche „untrügliche“ Beweise von Friedsamkeit ganz entzückt; unstreitig haben sie keine Ahnung davon, wie leicht eine Bewegung, die so voll von Täuschungen ist als die ihre, auch zu Täuschungen anderer benutzt werden kann, und die Franzosenfreunde unter ihnen machen freudig mit, weil sich wieder eine neue Spitze gegen Deutschland gefunden hat. So wird fröhlich in Friedensphrasen weiter agitiert, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß im nächsten Jahr auf dem offiziellen Friedenskongreß im Haag von irgendeiner beeinflussten Seite der Antrag auf Abrüstung zur See gestellt wird, um Deutschland matt zu setzen.

Die politische Weltlage der Gegenwart hat eine auffallende Ähnlichkeit mit der politischen Lage in Deutschland vor 1866. Wie damals ein bunter Chorus von politischen, wirtschaftlichen, doktrinären und partikularistischen Elementen daran arbeitete, Preußen nicht an die ihm gebührende Spitze von Deutschland gelangen zu lassen, so arbeitet jetzt ein ganzer Rattenkönig von egoistischen, konkurrenzneidischen, revanchesüchtigen und kryptorepublikanischen Kreisen daran, Deutschland von seinem wohlverdienten Platz an der Sonne zu verdrängen. Und gar viele machen dabei mit, gerade wie damals auch, weil sie, in doktrinären Lehrmeinungen befangen, gar nicht merken, wohin eigentlich die Reise geht. Wenn die Friedensfreunde wirklich etwas von praktischer Friedenspolitik verstünden, so müßten sie den deutschen Kaiser feiern, der allein den Frieden tatsächlich gestützt und aufrecht erhalten hat, statt des Zaren, der für den Frieden mehr getan hätte, wenn er der Politik seines Vaters treu geblieben wäre, die während des Balkankrieges zutage getretenen Mißstände in Heer und Verwaltung zu beseitigen. Die Japaner würden sich dann gehütet haben, Rußland anzugreifen, und das wäre praktische Friedenspolitik gewesen. Für den Schlag, den die Kultur der weißen Rasse jetzt in Asien erlitten hat, kann der Friedenskongreß im Haag nicht entschädigen, auch wenn er in einem goldenen Hause säße; es kann aus ihm schon darum nichts werden, weil Krethi und Plethi daran teilnehmen. Seine ganze Tätigkeit wird nach wie vor darauf hinauslaufen, Zeitungsfutter zu liefern. Er hat weder den Burenkrieg noch die Auseinandersetzung zwischen Rußland und Japan verhindert, auch wäre ihm keine Rolle beschieden gewesen, wenn die „westnächtlche Entente“ den Mut gehabt hätte, den Besuch des Kaisers Wilhelm in Tanger mit einem Schlag ans Schwert zu beantworten.

Wer die Dinge betrachtet, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten, wird nur geringes Vertrauen darauf setzen, daß auf allen Friedenskongressen, sogar auf dem offiziellen im Haag, jemals wirklich praktische Vorschläge hervortreten werden, aber befürchten, daß der Kongreß, wenn er etwa gar zu Sonderzwecken

benutzt werden sollte, wie einst der Bundestag zu Frankfurt, auch so enden könnte wie dieser. Die Friedensbürgschaften der Gegenwart liegen gar nicht in Friedenskongressen und Friedensagitationen selbstgefälliger Schönredner, sondern vor allem in den Volkshereen der allgemeinen Wehrpflicht, die keine Regierung der Welt jemals in Bewegung setzen wird außer in Fällen, in denen es sich wirklich um die Lebensinteressen des Staates handelt. In Deutschland, das die Segnungen der allgemeinen Wehrpflicht am längsten empfunden hat, ist dieser Friedensgedanke am innigsten ausgeprägt, und seine drei Kaiser waren darum Friedenskaiser. Für Existenzfragen, zu denen auch die sich in der Gegenwart vorbereitenden Fragen der Weltpolitik gehören, wird man das Volk in Waffen einsetzen, bei allen andern Streitigkeiten, um derentwillen man in frühern Jahrhunderten Mietlingsheere kämpfen ließ, wird man friedliche diplomatische Mittel, unter Umständen auch Schiedsgerichte, anwenden. Dazu bedarf es gar keiner Agitation der Friedensapostel, unter denen sich sogar auffällig viele Leute befinden, die von jeher hinter ihrer Friedensmaske eine unverkennbare Feindseligkeit gegen das deutsche Kaiserreich zu verbergen suchten. Die Berechtigung dieser mit großen Mitteln arbeitenden Männer — und Damen — zu ihrem Tun ist nicht weit her, sie haben sie sich selbst verlieh'n und suchen andern ihre Ideen aufzudrängen. Dieser Mangel an jeder Legitimation ist den Herren auch auf der interparlamentarischen Konferenz in London zum Bewußtsein gekommen, wo sie beschlossen haben, sich künftig von den einzelnen Parlamenten daheim förmlich wählen zu lassen. Sie verhandelten auch schon über den Wahlmodus und dergleichen. Hoffentlich gibt der deutsche Reichstag, wenn das dreiste Unsinnen einer solchen Wahl an ihn herantreten sollte, die einzig würdige Antwort durch Übergang zur Tagesordnung. Er kann die ihm in der Reichsverfassung überwiesene Aufgabe, in Vereinbarung mit der kaiserlichen Regierung und dem Bundesrat für die Verteidigung des Reichs zu sorgen, auch nicht zum kleinsten Teil einer andern Körperschaft übertragen, nenne sie sich auch so hochtrabend wie möglich.



Die kongolefischen Dampfverkehrswege



ie Zusammenkunft des Kaisers mit dem Könige der Belgier in Karlsruhe hat die Aufmerksamkeit aufs neue auf die Verhältnisse des Kongostaates gelenkt. Die britische Absicht, eine zweite internationale Kongokonferenz zu veranstalten und durch diese die angeleglichen Mißstände prüfen zu lassen, muß als gescheitert gelten, nachdem die verschiedenen Mächte, bei denen man von London aus angefragt hatte, es in mehr oder minder verbindlicher Form abgelehnt haben, sich irgendwie einzumischen. Der Kongostaat hat nunmehr die Ehrenpflicht, der Welt zu zeigen,